DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

AP PHOTO/SIGMUND FREUD MUSEUM

Triebkräfte

Freudomarxismus oder: Die Seele und das Politische. Über die Aktualität einer die psychische Verfasstheit des Menschen berücksichtigende Gesellschaftstheorie. Vorabdruck aus dem neuen Buch von Moshe Zuckermann

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **DIENSTAG, 27. SEPTEMBER 2016** · NR. 226 · 1,50 EURO (DE), 1,70 EURO (AT), 2,20 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Kämpferisch
Venezuelas Regierung ergreift Maßnahmen gegen den Wirtschaftskrieg. Interview mit Jesús Faría **3**

Hemmungslos
Jugendklub im Visier: In Cottbus häufen sich brutale Übergriffe rechter Gewalttäter. Von Bernd Müller **4**

Zugespitzt
Referendum in der Republika Srpska: Wähler trotzen Illegalisierung. Siehe Kommentar Seite 8 **7**

Verbandelt
Cum-Ex-Ausschuss untersucht Kooperation von Finanzministerium und Bankenlobby **9**

Heuern und Feuern light: Auch im Baugewerbe haben geschätzte acht Prozent der Beschäftigten »kapazitätsorientierte flexible Arbeitszeiten«. Sie sind faktisch ständig in Bereitschaft, ohne dafür entlohnt zu werden

MARCUS BRANDT/DPA

Legale Lohnprellerei

Bis zu 1,9 Millionen Menschen arbeiten in der BRD »auf Abruf«. DGB will diese Form prekärer Beschäftigung abschaffen. **Von Jana Frielinghaus**

Das Phänomen »Kapovaz« ist nicht neu, aber es breitet sich aus. Das neckische Akronym steht für »Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit«: Wann immer im Betrieb wenig zu tun ist, werden die betroffenen Kollegen faktisch in den unbezahlten »Urlaub« geschickt. Einer am Montag vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgelegten Untersuchung zufolge befinden sich in der Bundesrepublik bis zu 1,9 Millionen Menschen in solchen Arbeitsverhältnissen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) war im Mai von mehr als 1,5 Millionen Betroffenen ausgegangen (siehe dazu *jW* vom 31.5.). DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte am Montag in Berlin, hier werde das unternehmerische Risiko voll auf die Beschäftigten abgewälzt. »Damit muss Schluss sein. Wir wollen, dass das Instrument Arbeit auf Abruf abgeschafft wird.«

Tatsächlich ist »Kapovaz« legal. Denn Paragraph 12 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) gibt Unternehmen die Möglichkeit, ihre Angestellten eben nur »auf Abruf« zu beschäftigen. Die neue Ausgabe der DGB-Schriftenreihe *Arbeitsmarkt aktuell* befasst sich ausführlich mit dem Thema. Nach einer darin vorgenommenen Auswertung des Sozioökonomischen Panels (vom DIW jährlich durchgeführte Befragung von 12.000 Privathaushalten) arbeiten im Einzelhandel rund zwölf, im verarbeitenden Gewerbe elf, im Gesundheits- und Sozialwesen neun, im Baugewerbe acht und in der Gastronomie sieben Prozent der Werktätigen auf Basis solcher Verträge.

Die Dunkelziffer ist ebenso groß wie der Graubereich zwischen Legalität und Illegalität. Laut DGB-Analyse ist der Anteil der Betroffenen umso höher, je kleiner der Betrieb ist. Gerade in ländlichen Regionen mit hoher Arbeitslosenquote dürfte die Zahl derer, die auf diese Weise um Lohn betrogen werden, besonders groß sein. In Brandenburg kann man zum Beispiel beim Haareschneiden erfahren, was übliche Praxis in manchen Friseurgeschäften ist: Das Arbeiten auf Abruf ist hier auf die Spitze getrieben, denn Angestellte halten sich dabei mehr als acht Stunden lang im Laden auf und erledigen verschiedene Arbeiten, werden aber nur für die Zeit bezahlt, in der sie Kunden »unter dem Messer« haben.

In der Gastronomie könnte nach DGB-Schätzung sogar jeder dritte Beschäftigte betroffen sein. Menschen in solchen Arbeitsverhältnissen müssen mit schwankenden und wenig planbaren Einkommen leben. Dem erwähnten Paragraphen zufolge müssen Vorgesetzte Kollegen mit solchen Verträgen eigentlich mindestens vier Tage im voraus über ihren Einsatz informieren. Doch laut DGB wird ein Drittel erst am selben Tag kontaktiert, ein weiteres Drittel ein bis drei Tage vorher. »Kapovaz« biete für den Unternehmer »maximale Flexibilität«, für die Mitarbeiter dagegen »eine Vielzahl an Risiken«. Es handle sich um eine »atypische und in vielen Fällen äußerst prekäre Form der Beschäftigung«. Darüber hinaus könnten sich Betriebe der Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Urlaub leicht entziehen, »indem sie die Arbeit an diesen Tagen einfach nicht abrufen«.

Buntenbach forderte die ersatzlose Streichung von Paragraph 12 des TzBfG. Sie will den Spieß umdrehen und plädiert für »mehr Flexibilität im Sinne der Beschäftigten«. Sie müssten ihre »Arbeitszeiten lebenslauforientiert entsprechend ihrem persönlichen Bedarf anpassen können«.

Einseitige Zuweisung

Westen machen Russland für Eskalation in Aleppo verantwortlich. UN-Sicherheitsrat tagt ohne Ergebnis

Auch am Montag haben die Kämpfe in und um die syrische Stadt Aleppo angehalten. Die syrische Luftwaffe flog erneut Angriffe gegen Stellungen bewaffneter Gruppen im Ostteil der Stadt. Unterdessen erreichten, wie die französische Nachrichtenagentur *AFP* meldete, UN-Konvois mit Hilfslieferungen vier belagerte syrische Ortschaften.

Trotz der andauernden Gewalt betrachtet die russische Regierung die Friedensbemühungen für Syrien vorerst nicht als gescheitert. Die USA erweckten jedoch den Eindruck, dass sie ihren Verpflichtungen nicht gerecht werden, kritisierte Außenminister Sergej Lawrow am Montag in Moskau. »Ich kann ihnen nicht zu 100 Prozent trauen«, sagte er dem russischen Fernsehsender *NTW*.

Regierungen westlicher Staaten hatten immer wieder Russland für die Eskalation der Gewalt in Syrien verantwortlich gemacht. Bei einer am Sonntag einberufenen Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats warf Frankreichs UN-Botschafter François Delattre der Regierung in Moskau vor, mit ihrer Unterstützung der Regierung von Präsident Baschar Al-Assad die Bemühungen um eine Waffenruhe zu unterlaufen. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sprach von »Kriegsverbrechen«, die in Aleppo verübt würden. Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Samantha Power, behauptete, »was Russland fördert und unterstützt, ist nicht Terrorbekämpfung, es ist Barbarei«.

Der russische UN-Botschafter Witali Tschurkin hatte zuvor geäußert, Syrien Frieden zu bringen, sei angesichts der komplizierten Lage fast unmöglich geworden. Tschurkin bekräftigte aber, dass Russland weiter an einer friedlichen Lösung arbeite. »Was wir brauchen, ist ein ernsthafter Prozess ohne faulen Zauber«, sagte der Diplomat der Nachrichtenagentur *TASS* zufolge.

Auch der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, gab am Montag der russischen Regierung die Schuld an der jüngsten Eskalation. Deutschland erwarte von Moskau mit Blick auf eine Einstellung der Kampfhandlungen Bewegung. Russland sei angesichts seiner militärischen Unterstützung für Damaskus in der Verantwortung, sagte Seibert. (AFP/dpa/jW)

Moskau weist Vorwürfe zu Flugzeugabsturz zurück

ITAR-TASS/ ZURAB DZHAVAKHADZE/DPA

Moskau. Zwei Tage vor dem Bericht niederländischer Ermittler zum Absturz der Passagiermaschine des Fluges »MH 17« über dem Donbass im Jahr 2014 hat das russische Militär möglichen Schuldzuweisungen widersprochen. Die Ukraine habe verschwiegen, dass ihre Luftabwehr in der Region die Boeing 777 der Malaysia Airlines überwacht habe, erklärte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums am Montag in Moskau. Die Untersuchungen in den Niederlanden liefen in die falsche Richtung, so Igor Konaschenkow laut der Agentur *Interfax*.

Beim Absturz der Maschine auf dem Flug von Amsterdam nach Kuala Lumpur waren am 17. Juli 2014 alle 298 Menschen an Bord ums Leben gekommen. Die bisherigen Untersuchungen wiesen auf einen Abschuss der Maschine hin. Unklar ist, von dem die Maschine abgeschossen worden war. (dpa/jW)

Koalitionsgespräche in Berlin stehen bevor

Berlin. In Berlin soll nach dem Ende der Sondierungsgespräche über eine Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen auf Landesebene verhandelt werden. »Wir sind an einen Punkt gekommen, an dem wir als Sondierungskommission unserem Landesvorstand empfehlen können, in Koalitionsgespräche einzutreten«, sagte der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) am Montag nach einem Gespräch mit Vertretern der beiden anderen Parteien. Es wäre aktuell neben Thüringen die zweite »rot-rot-grüne« Koalition auf Landesebene.

Bei der SPD muss nun der Landesvorstand über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen abstimmen, bei den Grünen der Landesausschuss, bei der Linkspartei ein kleiner Parteitag. Es wird damit gerechnet, dass die Zustimmungen rasch erfolgen. (AFP/jW)

jW **wird herausgegeben von 1.874 Genossinnen und Genossen** (Stand 20.9.2016)
■ **www.jungewelt.de/lpg**

4 198625 901508 20039